

„Deutsche Sonderwege“. Anmerkungen zur aktuellen Diskussion über das deutsche historisch-politische Selbstverständnis

Vom „deutschen Sonderweg“ wird in sehr unterschiedlichen Zusammenhängen gehandelt, so daß es naheliegt, von „deutschen Sonderwegen“ zu sprechen. Bei aller Verschiedenheit der inhaltlichen Ausfüllung des Begriffs „Sonderweg“ ist jedoch festzustellen, daß er zum einen auf deutsche Spezifika abhebt, zum anderen meist Entwicklungen meint, d.h. auf bestimmte historische Tatbestände und Zusammenhänge bezogen ist und diese mit der Gegenwart in Beziehung setzt. Die Diskussion über den „deutschen Sonderweg“ bzw. „deutsche Sonderwege“ ist dementsprechend mit der Diskussion über deutsche Identität heute verweben.

Der Begriff „Sonderweg“ differiert gegenwärtig in vielen Hinsichten:

1. Teilweise wird er eher aspektbezogen verwendet, teilweise meint er die gesamte neuere deutsche Nationalgeschichte.
2. Teils setzt er einen „Normalweg“ voraus, teils meint er nur ein relatives Abweichen von anderen europäischen Ländern, meist ist er axiomatisch gesetzt, selten das Ergebnis eines methodisch reflektiert durchgeführten Vergleichs.
3. Überwiegend kennzeichnet er ein Abweichen von den westeuropäischen Nationen, insbesondere von Frankreich und England, teilweise ein Abweichen vom Westen und vom Osten und ist dann mit dem Begriff der Mittellage verbunden; aus universalgeschichtlicher Perspektive schwächt sich freilich seine Unterschiedlichkeit vom übrigen Europa, vor allem von Westeuropa ab.
4. Einerseits hebt er auf die außenpolitische Rolle der Deutschen, andererseits auf die innere politisch-soziale Entwicklung oder Eigentümlichkeiten der deutschen politischen Kultur ab, teilweise auf eine Kombination beider Aspekte.
5. Die Referenzepochen in der Geschichte differieren: teilweise wird die gesamte neuere deutsche Geschichte angesprochen, häufig steht das Kaiserreich im Mittelpunkt, meist aber ist die NS-Zeit zentral und innerhalb dieser der Holocaust.

„Deutsche Sonderwege“

6. Es herrscht eine kritische Sicht des Sonderwegs vor, doch stehen daneben auch positive Wertungen; eine kritische Sicht der Vergangenheit verbindet sich häufig mit einem positiven Auftrag für Gegenwart und Zukunft.

Über die besondere deutsche Entwicklung wird seit dem 19. Jh. diskutiert.¹ Hier geht es um die aktuelle Diskussion, die mit der jüngeren historiographischen Diskussion in Beziehung gesetzt werden soll.

Es sollen dabei drei Komplexe angesprochen werden:

1. die Beurteilung von Nation und Nationalstaat,
2. die Frage deutscher Verantwortung in der internationalen Politik, insbesondere der Beteiligung an militärischen Aktionen (über den Verteidigungsfall hinaus),
3. das politisch-kulturelle Verhältnis zum Westen.

I

Offensichtlich macht ein Kernproblem der Deutschen heute die Beurteilung von Nation und Nationalstaat und das damit zusammenhängende Problem des Nationalismus aus: welche Bedeutung sollen Nation und Nationalstaat im deutschen politischen Bewußtsein haben, und wie ist deren Identität zu bestimmen, wie die Gefahr des Nationalismus zu bannen?

Die Frage erhält ihre Relevanz auf dem Hintergrund der Katastrophen des 20. Jhs., des Ersten Weltkrieges, der NS-Zeit, des Zweiten Weltkrieges, der im deutschen Namen verübten Verbrechen, der deutschen Teilung in der Nachkriegszeit. Alle diese Ereignisreihen werden mit dem deutschen Nationalismus in Verbindung gebracht, der zugleich mit den besonderen Schwierigkeiten der Nations- und Nationalstaatsbildung zusammengesehen wird.

Unbestreitbar ist damit ein zentraler Problemkomplex der neueren deutschen Geschichte angesprochen. In Deutschland lief der Prozeß der Nations- und Nationalstaatsbildung gegenüber Frankreich und England „verspätet“ ab, wofür die Geschichte des Heiligen Römischen Reiches und die moderne Staatsbildung auf der Ebene der Territorien sowie bestimmte Ereignisreihen wie der Dreißigjährige Krieg und die daraus resultierenden politischen und ökonomischen Folgen verantwortlich gemacht werden.² Während Frankreich und England Industrialisierung, gesellschaftliche und politische Modernisierung auf der Basis eines gesicherten nationalstaatlichen Rahmens vollziehen konnten, fielen in Deutschland angesichts der „deutschen Verspätung“ die

Nationalstaatsbildung, die Industrialisierung und die soziale Frage, der Prozeß wachsenden politischen Partizipationsbestrebens der Gesellschaft, insbesondere des Bürgertums und die Frage einer zeitgemäßen Verfassungsordnung zusammen und führten zu sehr spezifischen Konfliktfigurativen, in denen sich die nationale Frage und andere Fragen amalgamierten.³

Mit diesem Grundtatbestand hängt es zusammen, daß sich ein demokratisches Nationalbewußtsein in der deutschen Gesellschaft vor 1914 nur unvollkommen, etwa in Teilen des Linksliberalismus und der Sozialdemokratie, entwickeln konnte, und daß der Nationalismus sich im Kaiserreich mit konservativen Interessen auflud und gegen die Demokratisierung gewendet wurde.⁴ Zugleich manifestierte dieser sich in einer imperialistischen, zur deutschen Isolierung („Einkreisung“) führenden Außenpolitik, die im Juli 1914 in den Krieg mündete. Die Nichtanerkennung der Niederlage und der Friedensbestimmungen 1919, verbunden mit beträchtlichen politisch-gesellschaftlichen Problemen der Ersten Republik, die von Anfang an um ihre Respektierung rechts wie links kämpfen mußte, stimulierten einen neuen extremen Nationalismus, der mit der NS-Machtübernahme für die deutsche Politik maßgeblich wurde.⁵ Die NS-Politik blieb nicht bei einer Revision des Versailler Systems stehen, sondern versuchte im Zweiten Weltkrieg eine deutsche Hegemonialstellung auf rassistischer Grundlage in Europa zu errichten, ein Versuch, der mit beispiellosen Verbrechen verbunden war.

Die deutsche Teilung war sowohl Folge des vom nationalsozialistischen Deutschland herbeigeführten Krieges als auch Resultat des sich daraus entwickelnden, ideologisch fundierten Ost-West-Konfliktes; der deutsche Nationalstaat schien an sein Ende gekommen zu sein. War auch die Wiederherstellung der deutschen Einheit für große Teile der Deutschen in Ost und West in der Nachkriegszeit eine Selbstverständlichkeit, so begannen sich doch die Deutschen seit den sechziger Jahren mit der Zweistaatlichkeit zu arrangieren. In der Bundesrepublik, weniger in der DDR, setzte sich – insbesondere in Teilen von Wissenschaft und Publizistik – die Meinung mehr oder weniger durch, der Nationalstaat sei angesichts zunehmender politisch-ökonomischer Interdependenzen und transnationalen Prozesse obsolet; besonders die Deutschen, deren Nationalstaat nur ein dreiviertel Jahrhundert existiert habe, hätten eine postnationale politische Identität (für die DDR wurde implizit etwas Analoges unterstellt), auszubilden, die ihren Ausdruck in einem Verfassungspatriotismus finden sollte, ein Gedanke, der formal in dem Berühren der SED-Führung um eine sozialistische Nation eine gewisse Entsprechung hatte.⁶

Die Umwälzung 1989/90 hat Deutschland und Europa grundlegend verändert: die Deutschen leben seitdem wieder in einem Nationalstaat, der freilich

„Deutsche Sonderwege“

Teil der Europäischen Gemeinschaft ist, deren Weiterbildung zur Europäischen Union im Vertrag von Maastricht durch die neue Konstellation, die deutsche Vereinigung und die Notwendigkeit, das größere Deutschland international einzubinden, mit stimuliert wurde. In Osteuropa, insbesondere auf dem Balkan und in den Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion, teilweise aber auch in Westeuropa, erleben wir derzeit eine Revitalisierung des Nationalismus.⁷ Auch in Deutschland sind Tendenzen zu einer Stärkung des Rechtsextremismus und zur Herausbildung einer neuen Rechten nicht zu übersehen. Zugleich aber scheinen die Probleme der deutschen Vereinigung die Stärkung des Bewußtseins nationaler Solidarität zu verlangen.

Dies alles bildet den Hintergrund der gegenwärtigen deutschen Debatte über Nation und Nationalismus, die auf Tatbestände der besonderen deutschen Geschichte und Gegenwart rekurriert und in ihrer spezifischen Ausformung Besonderheiten aufweist, wenn man so will, den „deutschen Sonderweg“ fortzusetzen scheint.

Folgende Positionen lassen sich – idealtypisch – unterscheiden:

1. Der Nationalstaat ist anachronistisch, der Nationalismus gefährlich, es gilt beide zu überwinden. Die Deutschen sollen sich – besonders angesichts ihrer in der Katastrophe des Dritten Reiches gipfelnden Nationalgeschichte – als Europäer definieren und teils mit Europa, teils mit den Regionen identifizieren, in denen sie leben.⁸
2. Die Deutschen sollen endlich ein „normales Verhältnis“ zu Nation und Geschichte gewinnen. Der Nationalstaat ist keineswegs per se überholt, sondern stellt auch im ausgehenden 20. Jh. die normale staatliche Struktur in der internationalen Staatenwelt dar.⁹ Die Deutschen müssen lernen, ihre Interessen wieder zu definieren.¹⁰
3. Die Deutschen leben wieder in einem Nationalstaat, der Teil der Europäischen Union ist. Sie können sich nicht einfach aus ihrer Geschichte verabschieden, sondern haben, im Bewußtsein einer problematischen Geschichte, Nation und demokratisches Bewußtsein in einen festen Zusammenhang zu bringen.¹¹

Die in Teilen der westdeutschen Publizistik, Wissenschaft und Politik verbreitete erstgenannte Position ist im europäischen Kontext eher singulär; man mag sie als „postnationalen Sonderweg“ bezeichnen.¹² Zwar hat Maastricht in zahlreichen westeuropäischen Ländern Debatten ausgelöst, doch werden Europabewußtsein und Nationalbewußtsein in den großen europäi-

schen Ländern durchweg nicht als einander ausschließend betrachtet; die Substitution des Nationalbewußtseins durch Europabewußtsein erscheint hier undenkbar. Der französische Publizist Daniel Vernet hat gemeint, der Nationalstaat könne nur überwunden werden, wenn er zuvor angenommen worden sei, was von den Deutschen noch zu leisten sei.¹³ In der beschriebenen deutschen Tendenz mag man eine Fortsetzung des besonderen deutschen Weges sehen, der nicht zur Herausbildung eines selbstverständlichen Nationalbewußtseins geführt hat.

Doch auch die anderen beiden Positionen heben auf die spezifische deutsche Geschichte ab. Dies gilt zum Teil auch für die Position, die angestrengt nach „Normalität“ strebt, die, soweit sie nicht für die Vergangenheit die deutsche Besonderheit leugnet, gerade in dem Willen der bewußten Überwindung der Besonderheit dieser dialektisch verbunden bleibt.¹⁴

Unverkennbar bleibt die besondere deutsche Geschichte – verbunden mit differierenden Zeitdiagnosen – mehrdeutig; sie läßt unterschiedliche politische Optionen zu. Offensichtlich ist, daß den Problemen der jüngeren deutschen Geschichte nicht einfach zu entrinnen ist.

Vieles spricht aus unserer Sicht für eine Position, die sich zur deutschen Geschichte und ihrer Problematik bekennt und von hierher ein Selbstverständnis entwickelt, das das Wissen um diese Geschichte mit einem den Menschen- und Bürgerrechten verpflichteten demokratischen Bewußtsein und dem Willen zur europäischen Kooperation verbindet. In ihm wäre die Dialektik von Normalität und Besonderheit aufgehoben.

Allerdings stellt sich die Frage nach dem Nationsbegriff, an dem sich die deutsche Gesellschaft künftig zu orientieren hat. Traditionell ist in Deutschland wie in Osteuropa ein Nationsbegriff vorherrschend, für den Sprache, Kultur, „Blut“ – d.h. „objektive“ Merkmale – zentral sind, während in Westeuropa, insbesondere in Frankreich, Nation als „subjektive“ Willensgemeinschaft definiert wird.¹⁵ Gerade im Hinblick auf den europäischen Zusammenhang ist zu fragen, ob die Zurückdrängung des traditionellen, im Staatsbürgerrecht noch heute unmittelbar manifesten deutschen Nationsbegriffs zugunsten des westeuropäischen, zur Demokratie hin offeneren Nationsbegriffs nicht anzustreben ist, für den der Wille der Zugehörigkeit zur Nation konstitutiv ist.¹⁶

Die emotionalen Blockaden der Asyldebatte, die in ihren spezifischen Formen in den anderen europäischen Ländern ohne Parallele war, hingen u.a. auch damit zusammen, daß die eine Seite die Nation als Abstammungsgemeinschaft verteidigte, während die andere auf dem Hintergrund der Geschichte dazu tendierte, den Begriff der deutschen Nation überhaupt zu

negieren. Ein demokratischer Nationsbegriff könnte diese Blockaden auflösen und den Weg für eine realistische Einwanderungspolitik freimachen, die freilich an der Festlegung von Kriterien und Quoten der Einwanderung nicht vorbeikäme. Die Behandlung der Asylfrage läßt erkennen, daß Versuche der Verarbeitung der Vergangenheit zu spezifischen Problemwahrnehmungen führen können.

II

Ein zweiter Diskussionszusammenhang, in dem der Begriff „deutscher Sonderweg“ gegenwärtig inflationär gebraucht wird, kreist um die Frage nach der deutschen Verantwortung in der internationalen Politik im allgemeinen und der Beteiligung deutscher Soldaten an internationalen Militäraktionen der UNO bzw. im Auftrag der UNO im besonderen. Auch in diesem Kontext spielt die besondere deutsche Geschichte wiederum eine beträchtliche Rolle.

Das Scheitern der 48er Revolution und Bismarcks Reichsgründung waren wesentliche Voraussetzungen für die Herausbildung eines spezifischen Begriffs der „Realpolitik“ in Deutschland.¹⁷ Bismarcks Satz vor der Budget-Kommission des Preußischen Abgeordnetenhauses, daß „die großen Fragen der Zeit nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse, sondern durch Eisen und Blut entschieden“ würden, ist unzählige Male seit der Reichsgründung in Deutschland zitiert worden.¹⁸ Es entwickelte sich geradezu ein – von Treitschke und anderen autoritativ formulierter – Politik-Begriff, der um den Begriff der Macht kreiste. Zahlreiche Historiker und andere Gelehrte sahen ihre Aufgabe darin, den Deutschen die Einsicht in die Machtrealitäten zu vermitteln, Machtbewußtsein zu fördern und die Orientierung am Primat der Außenpolitik durchzusetzen.¹⁹ Diesem Politik-Begriff inhärent war seine Bezogenheit auf die deutsche Nation und ihren Selbstbehauptungswillen in der Welt, mit ihm verbunden war eine spezifische Verachtung des Völkerrechts und aller Versuche, supranationale Strukturen zu schaffen, eine Tendenz, die von vornherein der Idee eines Völkerbundes skeptisch gegenüberstand. Allerdings hat die bürgerliche und sozialdemokratische Linke sich für die Ideen von Völkerrecht und Völkerbund, der auch die Vorstellung einer internationalen Ordnungsmacht einschloß, eingesetzt, ein Tatbestand, der eine gegenüber der gegenwärtigen Diskussion in gewisser Weise umgekehrte Frontstellung von links und rechts erkennen läßt.

Die dominante Linie deutscher Außenpolitik seit dem Kaiserreich war – nur partiell modifiziert in der Außenpolitik der Weimarer Republik – die eines deutschen Weges der machtpolitischen Behauptung gegenüber dem Osten

und Westen, eine Politik, die nach 1933 zunehmend den Weimarer Revisionismus, der die Bestimmungen des Versailler Friedens zu überwinden suchte, transzendierte und auf die Errichtung einer Hegemonialstellung über Europa hinauslief.²⁰ Die Eroberungs- und Vernichtungspolitik des NS im Zweiten Weltkrieg läßt sich als extreme Übersteigerung bestimmter deutscher außenpolitischer Traditionen interpretieren.

Die deutsche Teilung und die Integration der beiden deutschen Staaten in die Bündnissysteme der Nachkriegszeit hatten den Verlust einer autonomen deutschen Außenpolitik zur Konsequenz. Die DDR-Außenpolitik blieb über weite Strecken – möglicherweise geringfügig abgeschwächt seit den ausgehenden siebziger Jahren – eine Funktion sowjetischer Politik. Zwar erweiterte sich der Spielraum der bundesdeutschen Außenpolitik im Laufe der Zeit, insbesondere seit der neuen Ostpolitik der sozialliberalen Koalition; doch lag eine selbständige Machtpolitik ebenso jenseits ihres Horizontes wie die Beteiligung an militärischen Aktionen außerhalb des Bündnisbereiches.

Die Umwälzung 1989-91 hat die weitpolitische Konstellation und die deutsche Rolle in dieser grundlegend verändert. Im Hinblick auf die deutsche Außenpolitik ergeben sich unter Rekurs auf die deutsche Vergangenheit verschiedene Positionen, die idealtypisch wie folgt gekennzeichnet werden können:

1. Auf Grund ihrer besonderen Geschichte, namentlich der Macht- und Eroberungspolitik NS-Deutschlands im Zweiten Weltkrieg, darf Deutschland sich aus moralischen wie politischen Gründen an Militäraktionen nicht beteiligen, soweit es sich nicht um den Verteidigungsfall handelt.²¹
2. Deutschland hat sich wie ein „normaler Staat“ zu verhalten, was angesichts seiner militärischen und politischen Potenz die Wahrnehmung eines höheren Maßes an internationaler Verantwortung einschließt als bei der alten Bundesrepublik, für die andere handelten.²² Die Vergangenheit darf die Deutschen heute an dieser Aufgabe nicht hindern; sie müssen ein realistisches Verhältnis zur Machtpolitik zurückgewinnen, die „Machtvergessenheit“ überwinden.²³
3. Die Deutschen haben angesichts ihrer Geschichte, zu der der Juden-Genozid gehört, eine besondere Verantwortung, zur Durchsetzung von Menschen- und Bürgerrechten universal beizutragen, was eine Beteiligung an entsprechenden UN-Aktionen zur Schaffung von Frieden und zur Verhinderung von Völkermord als zwingend erscheinen läßt.²⁴

So unterschiedlich die Schlußfolgerungen auch sind, so herrscht im allgemeinen die negative Charakterisierung des „deutschen Sonderwegs“ vor.

„Deutsche Sonderwege“

Seinen Höhepunkt hat dieser aus vorherrschender Sicht in der NS-Gewaltpolitik gefunden, innerhalb derer freilich unterschiedliche Aspekte – teils die Eroberungspolitik, teils der Juden-Genozid – in den Vordergrund gerückt werden. Aus ihr gefolgert wird eine besondere Verpflichtung – und sei es zum Nichtstun – für die deutsche Politik, die auch die Variante umfaßt, bewußt „normal“ zu handeln, was so viel heißt wie in Analogie zu England und Frankreich zu handeln.

Aus der Annahme einer negativen Besonderheit wird vielfach ein spezifischer positiver Auftrag, eine besondere Verpflichtung gefolgert, was so weit gehen kann, daß aus der negativen Besonderheit ein positiver neuer „Sonderweg“ für die Deutschen abgeleitet wird, der freilich auf Kritik ausländischer Beurteiler stößt. Vereinzelt wird die deutsche Geschichte sogar wieder in hellerem Licht gesehen und von hierher ein besonderer positiver deutscher Auftrag formuliert, wie Alfred Mechttersheimers Buch „Friedensmacht Deutschland“ zeigt.²⁵ Mechttersheimer nimmt eine „relativ kriegsfreie Geschichte der Deutschen“ an, ein „historischer Besitzstand“, der auch „durch deutsche Mitschuld am Ersten und Schuld am Zweiten Weltkrieg nicht zerstört“ worden sei. In der deutschen Öffentlichkeit gebe es eine „konstante und ausgeprägte Abneigung gegen die kriegerische Lösung von Konflikten wie in keinem anderen Land“. Mechttersheimer proklamiert deshalb ein nationales Selbstverständnis, das Deutschland bewußt als „Friedensmacht“ begreift. Er will Patriotismus und Friedenspolitik amalgamieren. Deutschland hat aus seiner Sicht gute Voraussetzungen dafür, zu einer „moralischen Großmacht“ zu werden.²⁶

Zu Positionen wie der Mechttersheimers hat Luigi Vittorio Ferraris kritisch angemerkt, es gehe heute in Europa um die Bereitschaft, „kollektive Entscheidungen [der UN] mitzutragen“ und sich nicht hinter Moral oder Behutsamkeit zu verstecken: „Deutschland droht heute der Versuchung einer moralisierenden Rolle zu erliegen“; es erhebe den Anspruch, belehren zu wollen, es erhebe Vorwürfe gegenüber denjenigen, „die nicht dieselben, angeblich moralischen Maßstäbe anwenden“.²⁷

Der Versuch, aus der nationalen Geschichte etwas Bestimmtes lernen zu wollen, wird tatsächlich da problematisch, wo nicht nur Schlußfolgerungen für die deutsche Politik, sondern auch Anforderungen im Hinblick auf die Politik der anderen erhoben werden und darin ein Überlegenheitsbewußtsein seinen Ausdruck findet.

Auf der anderen Seite aber wird man fragen können, ob die Deutschen in jeder Hinsicht die französischen und englischen Maßstäbe – etwa eine gewisse Unbedenklichkeit gegenüber militärischen Interventionen in der internationa-

len Politik, die man u.a. als Folge der Kolonialpolitik sehen mag – übernehmen müssen. Peter Glotz, ansonsten stets für eine Orientierung an Westeuropa plädierend, hat kritisch angemerkt: Während vor und nach dem Ersten Weltkrieg der Gegensatz deutscher Kultur gegenüber westlicher Zivilisation scharf betont worden sei, gebe es nun manche Deutsche, die gleichsam politisch Franzosen oder Engländer sein wollten; der Begriff „Sonderweg“ sei damit lediglich „umgekehrt“ worden.²⁸ Allerdings stellt sich angesichts der unterschiedlichen Einschätzungen die Frage, wie eine gemeinsame Außenpolitik der Europäischen Union möglich sein soll, wenn in wichtigen Grundfragen die politisch-kulturellen Überzeugungen auseinandergehen. Eine deutsche Isolierung könnte tatsächlich die Folge sein. Ferraris hat formuliert: „Wenn sie [die Deutschen] als normale Europäer gelten wollen, müssen sie sich auch als solche benehmen.“²⁹

III

Kaum diskutiert wird gegenwärtig die Frage eines besonderen deutschen Weges der politisch-sozialen Entwicklung, die lange Zeit die westdeutsche Diskussion bestimmt hat. Wohl aber wird erneut das mit dieser Frage verknüpfte Verhältnis zur westlichen politischen Kultur erörtert, womit ein altes Thema wieder aufgegriffen wird.³⁰

Seit dem frühen 19. Jh. überlagern sich in der deutschen Diskussion Fragen der politischen und sozialen Modernisierung mit Fragen des deutschen Selbstverständnisses und des Verhältnisses der Deutschen zur politisch-kulturellen Entwicklung des Westens. Neben dem bei Liberalen und Demokraten verbreiteten Wunsch, die deutsche Rückständigkeit gegenüber dem Westen aufzuholen, trat zunehmend ein von konservativem politisch-gesellschaftlichen Interessen mitbestimmter Unterscheidungswunsch gegenüber dem Westen, der sich seit den siebziger Jahren des 19. Jhs. zur Vorstellung einer besonderen politisch-sozialen und kulturellen Entwicklung verdichtete. In Teilen der deutschen Öffentlichkeit, in Wissenschaft und Publizistik artikulierten sich Stimmen, die die Verfassungsstrukturen des Kaiserreiches als spezifisch deutsche, den westlichen im Hinblick auf die Bewältigung des sozialen Wandels überlegene Ordnung interpretierten und die herausragende Bedeutung der deutschen Kultur hervorhoben – Anschauungen, die in den „Ideen von 1914“ gipfelten und modifiziert im antidemokratischen Denken der Weimarer Zeit weiterlebten.³¹ Sie trugen entscheidend zur Destruktion der ersten deutschen Republik, die als Import aus Westeuropa attackiert wurde,

bei und bereiteten das Dritte Reich intellektuell vor.³² Tatsächlich hat sich das Dritte Reich als Fortführung, Steigerung und Vollendung des besonderen deutschen Weges dargestellt; allerdings bewegte sich auch die Opposition des 20. Juli teilweise in diesen spezifischen deutschen Denktraditionen.³³

Die beispiellose Katastrophe, in der dieser deutsche Weg endete, schwächte die Idee eines positiven besonderen deutschen Weges nachhaltig. Während in der von der Sowjetunion geprägten DDR im Zeichen des Ost-West-Konfliktes antiwestliche Orientierungen der vorhergehenden Zeit teilweise bewußt weitergepflegt wurden, öffnete sich Westdeutschland zunehmend der westlichen politischen Kultur, was man mit Jürgen Habermas als die Leistung der politisch-kulturellen „Klasse“ der Bundesrepublik in der Nachkriegszeit bezeichnen mag.³⁴ Dazu gehörte nicht nur die Hinwendung zur politischen Philosophie der Aufklärung und die Absage an Denktraditionen des Irrationalismus, sondern auch die Durchsetzung der Wertorientierungen und Konfliktformen einer „bürgerlichen Gesellschaft“, nicht zuletzt die Bejahung des parlamentarischen Systems. Verbunden damit war eine überaus kritische Sicht des deutschen „Sonderwegs“ in der Vergangenheit, wobei nicht selten das bisherige Bild mehr oder weniger beibehalten, nun aber negativ gewertet wurde.

Hatte es schon in der frühen Nachkriegszeit in West- und Ost-Deutschland eine breite Diskussion über den deutschen politisch-kulturellen Irrweg gegeben, so trat in den späten sechziger und in den siebziger Jahren in Wissenschaft und Publizistik der Bundesrepublik eine Denkrichtung in den Vordergrund, die auf der Basis von Modernisierungstheorien, die am westlichen Entwicklungsmodell orientiert waren, zu einer sehr kritischen Einschätzung der politisch-sozialen Entwicklung Deutschlands seit dem 19. Jh. gelangten.³⁵ Die deutsche Entwicklung war demnach u.a. durch das Ausbleiben einer erfolgreichen bürgerlichen Revolution und eine dadurch verursachte partielle Modernisierung charakterisiert, für die ökonomisch-technische Modernisierung bei gleichzeitigem Fortbestehen traditionaler politischer Strukturen und Wertorientierungen kennzeichnend war. Besonders beleuchtet wurde dabei die Bedeutung der traditionellen vormodernen Eliten vom Kaiserreich bis in die NS-Zeit hinein. Verbunden mit dieser kritischen Sicht, die ihrerseits eine Antikritik hervorrief, waren Reformprogramme, für die die – im einzelnen sehr unterschiedlich ausgeformte – Idee der Demokratisierung zentral war.

Der politisch-gesellschaftliche Reformimpuls in der Bundesrepublik während der ausgehenden sechziger und frühen siebziger Jahre schwächte sich im Zeichen ökonomisch-ökologischer Krisen der Folgezeit rasch ab. Auch wurde die westliche, insbesondere auch die amerikanische Politik vielfach kritisch

gesehen, so daß Beobachter Tendenzen eines Antiamerikanismus glaubten konstatieren zu können. Auf wissenschaftlicher Ebene wurde von verschiedenen Seiten die Interpretation der neuesten deutschen Geschichte als eines „Sonderweges“ der Kritik unterzogen, indem die dabei zugrundegelegte westliche Folie ebenso in Frage gestellt wurde, wie ein bestimmtes Bild der „bürgerlichen Revolution“, das als verengt und partiell unhistorisch erwiesen wurde.³⁶ Gleichwohl herrschte bis 1989 in den meinungsführenden Kreisen der westdeutschen Gesellschaft ein breiter Konsens vor, die Verwestlichung der politischen Kultur inklusive der Anerkennung ihrer intellektuellen Grundlagen als wesentlichen Fortschritt deutscher Geschichte zu betrachten. Zwar tauchten hier und da immer wieder Vorstellungen eines dritten Weges – etwa im Kontext der Friedensbewegung – auf, doch blieben diese Vorstellungen insgesamt gesehen marginal,³⁷ auch eine neue Diskussion über Mitteleuropa blieb zunächst politisch noch folgenlos.³⁸

Seit 1989 wird dieser Konsens von mehreren Seiten in Frage gestellt, zum einen aus der ehemaligen DDR, zum anderen von Teilen der westdeutschen Publizistik. In der DDR waren nicht nur traditionale deutsche Mentalitäten und Orientierungen stärker bewahrt worden als in der offenen Gesellschaft Westdeutschlands, auch die Intellektuellen waren ungleich weniger mit dem westlichen Denken in Berührung gekommen.³⁹ Auf diesem Hintergrund ist es verständlich, daß auch wesentliche Teile der Bürgerrechtsbewegung der Vorstellung eines „Dritten Weges“, in dem man die Wiederkehr älterer deutscher Ideen eines „Dritten Weges“ setzen mag, verhaftet blieben, eines Weges, für den freilich 1989/90 jede Realisierungschance fehlte.⁴⁰ Angesichts der Vereinigungskrise stößt heute die Ausbreitung westlicher politisch-kultureller Handlungsmuster und Ideen in den neuen Bundesländern auf Widerstände, insbesondere auch bei Intellektuellen. Von hierher werden kritische Anfragen an die westliche politische Kultur gestellt, wobei freilich die alternativen Orientierungen eher schemenhaft bleiben.

Kritik wird aber auch in der westdeutschen Publizistik geübt. Es wird gefragt, ob sich die deutsche politische Kultur nicht wieder stärker der existentiellen Dimension des Politischen öffnen müsse.⁴¹ Kritisch beleuchtet wird von einigen jüngeren Historikern und Publizisten um Rainer Zitelmann die Reeducation-Politik der Nachkriegszeit; sie lehnen eine Ideologisierung der Westbindung ab, die sie in der deutschen Gesellschaft glauben feststellen zu können.⁴² In diesem Kontext wird meist die kritische Sonderwegsthese verworfen, die neuere deutsche Geschichte nicht mehr von der NS-Zeit her gesehen, was freilich – wie im sog. „Historikerstreit“ 1986/87 – auf Widerstände stößt.⁴³

Beide kritischen Sichtweisen der westlichen politischen Kultur leiden daran, daß alternative politisch-kulturelle Orientierungsentwürfe kaum sichtbar sind. Eine gewisse Rückwendung zu deutschen kulturellen Traditionen scheint sich hier und da anzudeuten, eine Tendenz, die n.a. auch dadurch gefördert wird, daß deutsche Denkströmungen – die durch ihre vermeintliche oder reale Nähe zum Dritten Reich und seinen Ideologemen als diskreditiert galten – nunmehr neues Interesse finden; erinnert sei nur an Nietzsche oder auch an Carl Schmitt, dessen Denken eine wachsende Attraktivität auslöst.⁴⁴ Botho Strauß und andere kritisieren Demokratie und Massengesellschaft in einem Duktus, der an den älteren deutschen Kulturpessimismus erinnert.⁴⁵

Man wird diese Tendenz wohl nicht als symptomatisch für eine allgemeine Rückwendung zur Ideologie des deutschen Weges werten können; eine derartige Rückwendung wird in der meinungsführenden Öffentlichkeit nirgendwo offen propagiert.⁴⁶ Die Diskussionen in Deutschland sind verwoben mit der internationalen Diskussion bzw. haben in nicht wenigen Ländern ihre Parallele; politisches Denken ist nur noch bedingt national gebunden.

Die vielfache Betonung der deutschen Mittellage hat bislang keine erkennbaren politisch-kulturellen Folgen, da ein west-östliches Entwicklungsgefälle augenfällig ist und im Osten kaum intellektuell faszinierende auf den Westen ausstrahlende Tendenzen entstanden sind; hier scheint sich ein mühsames, von Regressionen bedrohtes Nachholen der westlichen Entwicklung anzudeuten; jedenfalls ist keine positive normgebende Perspektive sichtbar. Allerdings wächst in Teilen der deutschen Öffentlichkeit die Tendenz, deutsche Interessen gegenüber den westeuropäischen Partnern stärker zu akzentuieren und Vorbehalte gegenüber der europäischen Integration zu formulieren, was man als Indiz für eine partielle Rückwendung zum nationalstaatlichen Denken sehen mag, die freilich nicht gleichbedeutend mit einem politisch-kulturellen Sonderweg wäre.

Insgesamt gesehen jedenfalls steht die westliche Prägung der politischen Kultur Deutschlands nicht zur Disposition, auch wenn deren Akzeptanz in den neuen Bundesländern aufgrund ökonomischer, sozialer und mentaler Probleme und der Nachwirkung marxistisch-leninistischer Denkmuster gegenwärtig noch fraglich erscheint und auch mit Rückkopplungen von Diskussionen und Stimmungen des Ostens auf den Westen zu rechnen ist.

Über die politisch-kulturelle Entwicklung wird weniger in der intellektuellen Diskussion entschieden als in realen politisch-gesellschaftlichen Prozessen. Hier wird sich zeigen, inwieweit ein universalistischer Denkansatz, wie er von Karl-Otto Apel als Schlußfolgerung aus der problematischen jüngsten Geschichte gezogen wird, sich behaupten kann oder ob die von Hans Magnus Enzensberger jüngst formulierte Kritik an diesem Universalismus, die auf das

Vordringen perspektivloser Gewalt in der internationalen Politik wie in den westlichen Gesellschaften verweist, als politischer Maßstab Resonanz findet, – eine Kritik, in deren Konsequenz eine sehr skeptische Einschätzung der Zukunftsfähigkeit der deutschen zivilen Gesellschaft liegt.⁴⁷ Offen ist auch, inwieweit es in welchen Fristen gelingt, die vereinigungsbedingten Probleme in Deutschland zu lösen.

Resümierende Schlußbemerkungen

Zur gegenwärtigen Diskussion über deutsche Sonderwege lassen sich einige Punkte festhalten:

1. In den Diskussionen über die Neuorientierung deutscher Politik und das deutsche Selbstverständnis spielen Spezifika der deutschen Geschichte des 19. Jhs. eine wichtige Rolle. Die Diskussionen sind geradezu auf die deutsche Geschichte fixiert. Überwiegend herrscht dabei eine durch die NS-Zeit entscheidend geprägte kritische Sicht vor, doch sind daneben auch Tendenzen erkennbar, die diese Sicht zurückdrängen wollen zugunsten von Interpretationen, die die deutsche Entwicklung mehr oder weniger als Variante europäischer Normalität beschreiben oder gar deren Vorzüge hervorheben, mit der Gefahr, apologetischen Tendenzen Vorschub zu leisten. Diese Tendenzen sind nicht selten mit dem Willen verbunden, ein „normales Nationalbewußtsein“ zu revitalisieren.
2. Die kritische Sicht der deutschen Geschichte führt heute nicht mehr zu einheitlichen Schlußfolgerungen. Zwar wird von hierher durchweg eine besondere deutsche Verpflichtung postuliert, die jedoch unterschiedlich, nicht selten sogar gegensätzlich konkretisiert wird. In der Diskussion über die deutsche Haltung zum Golf-Krieg wurde mit Hinweis auf die besondere deutsche Geschichte sowohl eine deutsche Nichtbeteiligung wie eine Unterstützung der Politik der Alliierten gerechtfertigt. Ähnliches wiederholte sich in den Debatten über Bosnien und Somalia.
3. Auf der Basis der Anerkennung einer besonderen Problematik der jüngsten deutschen Geschichte ist deren Dialektik kaum zu entkommen: spezifische Haltungen werden von hierher ebenso begründet wie die Forderung nach bewußter „Normalität“. Der erstgenannten Position ist die Gefahr inhärent, aus den einzigartigen Verbrechen ganz spezifische moralische Folgerungen abzuleiten, die von ausländischen Beobachtern als „moralischer Triumphalismus“ empfunden werden, während die zweite dazu tendiert, die aus der deutschen Geschichte resultierenden Belastungen zu unterschätzen.

„Deutsche Sonderwege“

4. Die Tatsache, daß die Beschäftigung mit der besonderen deutschen Vergangenheit im Hinblick auf die Gegenwart keine eindeutige Wegweisung ergibt, macht deutlich, daß die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit zwar zur Klärung von gegenwärtigen Positionen beitragen kann, eine Analyse der Spezifika der gegenwärtigen Konstellation jedoch nicht ersetzt. Zu dieser Analyse gehört freilich auch die Untersuchung der Wirkungsmächtigkeit der Erinnerung an vergangenes Geschehen im Bewußtsein der verschiedenen Nationen.
5. Die aktuelle deutsche Diskussion weist – im internationalen Vergleich – Besonderheiten auf. Ob deshalb freilich auch im Hinblick auf die Gegenwart von einem „deutschen Sonderweg“ oder „deutschen Sonderwegen“ gesprochen werden sollte, erscheint zumindest anfechtbar, zumal „Normalität“ sich immer nur relativ bzw. relational bestimmen läßt. Zwar gibt es manche deutsche Spezifika, doch sind daneben auch eine Vielzahl von politisch-kulturellen Analogien und Gemeinsamkeiten mit den europäischen Nachbarn feststellbar, abgesehen davon, daß in Deutschland recht unterschiedliche Positionen und Orientierungen konkurrieren und die deutsche Diskussion – trotz mancher provinziell anmutender Züge – mit der internationalen Diskussion verschränkt ist, die vor allem eines deutlich macht: die Schwierigkeit, angesichts der veränderten Konstellation in Europa und in der Welt Frieden und Entwicklung ermöglichende politische Strategien zu finden.

- 1 Siehe B. Faulenbach, „Deutscher Sonderweg“. Zur Geschichte und Problematik einer zentralen Kategorie des deutschen geschichtlichen Bewußtseins, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 1981, B 33, S. 3-21; *Deutscher Sonderweg – Mythos oder Realität?*, München/Wien 1982.
- 2 Vgl. zu diesem Themenkomplex O. Dann, *Nation und Nationalismus in Deutschland 1770-1990*, München 1993; B. Faulenbach, „Nation“ und „Modernisierung“ in der deutschen Geschichte, in: R. Zitelmann u.a. (Hrsg.), *Westbindung. Chancen und Risiken für Deutschland*, Frankfurt a.M./Berlin 1993, S. 103-126.
- 3 Vgl. P. Graf Kielmansegg, *Nachdenken über Deutschland*, Stuttgart 1980, S. 180; M. Lepsius, *Demokratie in Deutschland. Soziologische Konstellationsanalysen*, Göttingen 1993, S. 25ff.
- 4 H. A. Winkler, *Der Nationalismus und seine Funktionen*, in: ders. (Hrsg.), *Nationalismus*, Königstein 1985, S. 5-46, hier S. 14f.; Ch. Graf von Krockow, *Nationalismus als deutsches Problem*, München 1974.
- 5 Siehe U. Heinemann, *Die verdrängte Niederlage. Politische Öffentlichkeit und Kriegsschuldfrage in der Weimarer Republik*, Göttingen 1983; O. Dann, *Nation und Nationalismus* (Anm. 2), S. 261ff.
- 6 Vgl. K.-E. Jeismann (Hrsg.), *Einheit – Freiheit – Selbstbestimmung. Die Deutsche Frage im historisch-politischen Bewußtsein*, Bonn 1987; B. Faulenbach, *Die Bedeutung der NS-Vergangenheit für das deutsche Selbstverständnis. Weitere Beiträge zum „Historikerstreit“ und zur Frage der deutschen Identität*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 30, 1990, S. 532-574, hier

Bernd Faulenbach

- S. 556ff.; Zur westdeutschen Diskussion überaus kritisch und teilweise einseitig J. Hacker, *Deutsche Irrtümer. Schönfärber und Helfershelfer der SED-Diktatur im Westen*. Berlin/Frankfurt a.M. 1982.
- 7 Vgl. B. Faulenbach/H. Timmermann (Hrsg.), *Nationalismus und Demokratie. Gesellschaftliche Modernisierung und nationale Idee in Mittel- und Osteuropa*. Essen 1993; M. Jeismann/H. Ritter (Hrsg.), *Grenzfälle. Über neuen und alten Nationalismus*, Leipzig 1993.
 - 8 Siehe z.B. P. Glotz, *Der Irrweg des Nationalstaats. Europäische Reden an ein deutsches Publikum*, Stuttgart 1990.
 - 9 R. Schröder, *Diskussionsbeitrag*, in: W. Hardwig/H. A. Winkler, *Deutsche Entfremdung. Zum Befinden in Ost und West*, München 1993, S. 156-161; K. v. Dohnanyi, *Das Deutsche Wagnis*, München 1990, S. 43ff.; J. Thies, *Perspektiven deutscher Außenpolitik*, in: R. Zitelmann u.a. (Hrsg.), *Westbindung (Anm. 2)*, S. 523-536, insbes. S. 530ff. Siehe ferner *Comparativ 3*, 1993, H. 4.
 - 10 G. Schöllgen, *Angst vor der Macht. Die Deutschen und ihre Außenpolitik*, Berlin/Frankfurt a.M. 1993, S. 153ff.
 - 11 Vgl. B. Faulenbach, *Den Gegensatz von Nation und Demokratie überwinden*, in: *Blätter für deutsche u. internationale Politik* 38, 1993, S. 690-692.
 - 12 Vgl. H. A. Winkler, *Abschied von einem deutschen Sonderweg. Wider die postnationale Nostalgie*, in: *Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte* 40, 1993, S. 633-636 – Vgl. jetzt auch H. Lübke, *Abschied von Superstaat. Vereinigte Staaten von Europa wird es nicht geben*, Berlin 1994, insbesondere S. 35ff.
 - 13 D. Vernet, *Was wird aus Deutschland?* Bergisch Gladbach 1993, S. 172f.
 - 14 Zur Kritik an der These, die Deutschen seien wieder „normal“ geworden vgl. J. Habermas, *Die zweite Lebenslüge der Bundesrepublik: Wir sind wieder normal geworden*, in: S. Unseld (Hrsg.), *Politik ohne Projekt? Nachdenken über Deutschland*, Frankfurt 1993, S. 283-297.
 - 15 Siehe R. von Thadden, *Aufbau nationaler Identität. Deutschland und Frankreich im Vergleich*, in: B. Giesen (Hrsg.), *Nationale und kulturelle Identität. Studien zur Entwicklung des kollektiven Bewußtseins der Neuzeit*, Frankfurt a.M. 1991, S. 493-510.
 - 16 Vgl. H. A. Winkler, *Abschied von einem deutschen Sonderweg (Anm. 12)*, S. 636. Zur Kritik an dieser Position vgl. jetzt H. Lübke, *Abschied vom Superstaat (Anm. 12)*, S. 45ff.
 - 17 Vgl. K.-G. Faber, *Realpolitik als Ideologie. Die Bedeutung des Jahres 1866 für das politische Denken in Deutschland*, in: *HZ*, Bd. 203, 1986, S. 1-45; B. Faulenbach, *Probleme der demokratischen Entwicklung in Deutschland seit dem Deutsch-Dänischen und dem Deutschen Krieg*, in: *Demokratische Geschichte* 5, 1990, S. 117-124.
 - 18 O. von Bismarck, *Gesammelte Werke*, Bd. 10, Berlin 1928, S. 139f.
 - 19 Vgl. B. Faulenbach, *Ideologie des deutschen Weges*, München 1980, S. 16ff.
 - 20 Vgl. L. Dehio, *Deutschland und die Weltpolitik im 20. Jahrhundert*, Frankfurt a.M./Hamburg 1961; A. Hillgruber, *Die gescheiterte Großmacht. Eine Skizze des Deutschen Reiches 1871-1945*, Düsseldorf 1980. Zur Weimarer Zeit siehe P. Krüger, *Die Außenpolitik der Republik von Weimar*, Darmstadt 1985.
 - 21 Vgl. P. Glotz, *Wider den Feuilleton-Nationalismus*, in: *Die Zeit*, 19.4.1991.
 - 22 Vgl. A. Baring, *Deutschland, was nun? Ein Gespräch mit Dirk Rumberg und Wolf Jobst Siedler*, Berlin 1991, S. 125ff.; B. Seebacher-Brandt, *Die Linke und die Einheit*, Berlin 1991, S. 75ff.
 - 23 Vgl. G. Schöllgen, *Angst vor der Macht (Anm. 10)*; H. P. Schwarz, *Die gezähmten Deutschen. Von der Machtbesessenheit zur Machtvergessenheit*, Stuttgart 1985.
 - 24 Vgl. M. Brumlik, *Verantwortungsethik und Eazifisttus*, in: *Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, 40, 1993, S. 629-632.
 - 25 A. Mechttersheimer, *Friedensmacht Deutschland. Plädoyer für einen neuen Patriotismus*, Frankfurt a.M./Berlin 1993.

„Deutsche Sonderwege“

- 26 Zitate ebenda S. 376f., 379.
- 27 L. V. Ferraris, Die „guten“ Deutschen und ihr Sonderweg, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 40, 1993, S. 625-629. Ferner: A. Grosser, Deutsche Außenpolitik heute, ebenda, S. 619-624; P. Merseburger, Kritik des Germanismus, ebenda, 38, 1991, S. 351-354.
- 28 M. Bissinger/H.-U. Jörges (Hrsg.), SPD – Anpassung oder Alternative? Berlin 1993, S. 106ff.
- 29 Ferraris, Die „guten“ Deutschen (Anm. 27), S. 629.
- 30 Vgl. E. Troeltsch, Deutscher Geist und Westeuropa. Gesammelte kulturphilosophische Aufsätze, hrsg. von H. Baron, Tübingen 1925; H. Plessner, Die verspätete Nation. Über die politische Verführbarkeit bürgerlichen Geistes, Stuttgart u.a. 1959; L. Krieger, The German Idea of Freedom, Boston 1957; B. Faulenbach, Ideologie des deutschen Weges (Anm. 19); H. Köhler (Hrsg.), Deutschland und der Westen, Berlin 1988; R. Zirkmann u.a. (Hrsg.), Westbindung (Anm. 2).
- 31 Vgl. B. Faulenbach „Deutscher Sonderweg“ (Anm. 1); ders., Ideologie des deutschen Weges (Anm. 19); ders., „Nation“ und „Modernisierung“ (Anm. 2), S. 110ff.; Ch. Graf von Krockow, Die Deutschen in ihrem Jahrhundert. 1890-1990, Hamburg 1990. – Zu den „Ideen von 1914“ vgl. H. Lübke, Politische Philosophie in Deutschland. Studien zu ihrer Geschichte, Basel u.a. 1963, S. 173ff.; W. J. Mommsen, Nation und Geschichte. Über die Deutschen und die deutsche Frage, München u.a. 1990, S. 87-105.
- 32 Vgl. K. Sontheimer, Autidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933, München 1964; B. Faulenbach, Ideologie des deutschen Weges (Anm. 19); A. Mohler, Die Konservative Revolution in Deutschland 1918-1932. Ein Handbuch, Darmstadt 1972; F. Stern, Kulturpessimismus als politische Gefahr. Eine Analyse nationaler Ideologie in Deutschland, Bern u.a. 1962.
- 33 Vgl. B. Faulenbach, „Nation“ und „Modernisierung“ (Anm. 2), S. 116f.; Zum Widerstand vgl. H. Mommsen, Der Nationalsozialismus und die deutsche Gesellschaft, Hamburg 1991, S. 233ff.
- 34 Zur DDR vgl. S. Meuschel, Legitimation und Parteienschaft. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945-1989, Frankfurt a. M. 1992, S. 67ff. Zur westdeutschen Entwicklung J. Habermas, Eine Art Schadensabwicklung, Frankfurt a. M. 1987, S. 115ff., 159ff.
- 35 Zur Diskussion der Nachkriegszeit vgl. J. Hermand, Kultur im Wiederaufbau. Die Bundesrepublik 1945-1965, München 1986, S. 46ff.; B. Eberan, Luther? Friedrich „der Große“? Wagner? Nietzsche? ...? Wer war an Hitler schuld? Die Debatte über die Schuldfrage. 1945-1949, München 1983; Zur Diskussion der sechziger und siebziger Jahre siehe exemplarisch R. Dahrendorf, Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München 1969; H.-U. Wehler, Das Deutsche Kaiserreich 1871-1918, Göttingen 1973. Vgl. B. Faulenbach, Emanzipation von der deutschen Tradition? Geschichtsbewußtsein in den sechziger Jahren, in: W. Weidenfeld (Hrsg.), Politische Kultur und deutsche Frage, Köln 1989, S. 73-92; ders., „Deutscher Sonderweg“ (Anm. 1), S. 14ff.
- 36 Siehe D. Blackburn/G. Eley, Mythen deutscher Geschichtsschreibung. Die gescheiterte bürgerliche Revolution von 1848, Frankfurt/M. u.a. 1980; H. Grebing u.a., Der „deutsche Sonderweg“ in Europa 1806-1945. Eine Kritik, Stuttgart u.a. 1986; B. Faulenbach, Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert. Zu neuen Gesamtdarstellungen und Interpretationen, in: Archiv für Sozialgeschichte 27, 1987, S. 499-528, insbes. S. 514ff. Zur Diskussion über das Bürgertum vgl. J. Kocka, Bürgertum und bürgerliche Gesellschaft im 19. Jahrhundert. Europäische Eigenarten, in: ders. (Hrsg.), Bürgertum im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich, Bd. I, München 1988, S. 11-76.
- 37 Vgl. K. R. Korte, Der Standort der Deutschen, Köln 1990, S. 82ff.
- 38 S. Papcke/W. Weidenfeld (Hrsg.), Traumland Mitteleuropa? Beiträge zu einer aktuellen Kontroverse, Darmstadt 1988; D. Spangenberg (Hrsg.), Die blockierte Vergangenheit. Nach-

Bernd Faulenbach

- denken über Mitteleuropa. Berlin o. J. [1987].
- 39 Vgl. W. Lepenies, Folgen einer unerhörten Begebenheit. Die Deutschen nach der Vereinigung, Berlin 1992, S. 71ff.
- 40 Vgl. E. Jesse, Der „Dritte Weg“ vor und nach der Wiedervereinigung, in: R. Zitelmann u.a. (Hrsg.), Westbindung (Anm. 2), S. 215-241, insbes. 229ff.
- 41 Vgl. A. Baring, Deutschland, was nun? (Anm. 22).
- 42 Vgl. die Beiträge von Kondylis, Straub, Großheim, in: R. Zitelmann u.a. (Hrsg.), Westbindung (Anm. 2), S. 21ff.; 323ff.; 391ff. Der Band enthält allerdings, was in der Kritik teilweise übersehen wird, Beiträge, die diese Positionen keineswegs teilen, etwa die Beiträge von Faulenbach, Hacke und Jesse, S. 103ff., 129ff., 215ff.
- 43 Siehe ebenda die Einleitung der Herausgeber unter dem Titel „Wir Deutschen und der Westen“, insbes. S. 15ff.; vgl. auch M. Backes/E. Jesse (Hrsg.), Die Schatten der Vergangenheit. Impulse zur Historisierung des Nationalsozialismus, Frankfurt a.M./Berlin 1992. Siehe demgegenüber W. H. Pehle (Hrsg.), Der historische Ort des Nationalsozialismus. Annäherungen, Frankfurt a.M. 1990. Vgl. auch H. Theißen, Auf dem rechten Weg in die vermeintliche Normalität. Nationalismus, Europa-Skepsis und Geschichtsklitterung stehen im wiedervereinigten Deutschland hoch im Kurs, in: Frankfurter Rundschau, 4.1.1994, S. 12. – Der Historikerstreit ist dokumentiert in: „Historikerstreit“. Die Dokumentation um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München/Zürich 1989.
- 44 Vgl. J. Kirchhoff, Nietzsche, Hitler und die Deutschen. Die Perversion des Neuen Zeitalters. Vom unerlösten Schatten des Dritten Reiches, Berlin 1990; R. Walther, Der verführerische Gestus. Zur fortwährenden Renaissance von Carl Schmitt, in: Süddeutsche Zeitung, 3.1.1994, S. 11; ferner: D. van Laak, Gespräche in der Sicherheit des Schweigens. Carl Schmitt in der politischen Geistesgeschichte der frühen Bundesrepublik, Berlin 1993.
- 45 Vgl. C. Leggewie, Druck von rechts. Wohin treibt die Bundesrepublik?, München 1993, S. 114ff.
- 46 Zahlreiche Stimmen wenden sich gegen einen neuen deutschen politisch-kulturellen Sonderweg. Siehe z.B. Ch. Graf von Krockow, Die Deutschen vor ihrer Zukunft, Berlin 1993, S. 97ff.
- 47 O. Apel, Zurück zur Normalität? Oder könnten wir aus der nationalen Katastrophe etwas Besonderes gelernt haben? Das Problem des (welt-)geschichtlichen Übergangs zur postkonventionellen Moral aus spezifisch deutscher Sicht, in: ders., Diskurs und Verantwortung. Das Problem des Übergangs zur postkonventionellen Moral, Frankfurt a.M. 1992; H. M. Enzensberger, Aussichten auf den Bürgerkrieg, Frankfurt a.M. 1993.